



NEUNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Matthias Wernicke • Stefan Klose • Kai Wohlfarth

Potsdam, 30. Januar 2007

Liebe Studierenden, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

hiermit laden wir Euch zur 11. Sitzung des
9. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

Termin: 06. Februar 2007 von 19.00 (s.t.) bis 23.00 Uhr,
Ort: Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59.

Wir schlagen Euch folgende Tagesordnung vor:

- *Formales:*

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Beschluss der Protokolle der letzten StuPa-Sitzungen
 - a. Protokoll der Sitzung vom 19. Dezember 2006
 - b. Protokoll der Sitzung vom 16. Januar 2007

- *Tagesordnungspunkte:*

4. Gäste
5. Berichte
 - a. Berichte aus den Gremien
 - b. Berichte des StuPa-Präsidium
 - c. Rechenschaftsberichte des AStA
6. Wahl einer/eines Co-Referenten/in für das Referat Campuspolitik: Lehre und Studium
7. Anträge:
 - a. Stadtschlossanträge
 - i. Antrag von Conrad Jackisch zum Bau des Stadtschlusses in Potsdam
 - ii. Antrag von Andreas Kellner zum Bau des Stadtschlusses in Potsdam
 - b. Antrag von [oll] und gül zur Nutzung der Potsdamer Parkanlagen
 - c. Antrag von Tamás Blénessy u. a. zur Einberufung einer Sondersitzung des BrandStuVe
 - d. Antrag der Fraktionen GAL, Jusos, RCDS und LUST zur Kampagne zur Erhöhung der Wahlbeteiligung
8. Initiativanträge
9. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Wernicke, Stefan Klose, Kai Wohlfarth
(Präsidium des 9. Studierendenparlamentes).

Protokoll der 9. StuPa-Sitzung vom 19. Dezember 2006

* Entwurf *

Anwesend:

- AStA: Tobias Dornisch, Clas Hasslinger, Mariusz Nowak, Lena Herrera, Hannes Ortmann, Joschka Langenbrinck, Jörg Schindler, Björn Ruberg
- [oll]: Katharina Ermler, Jan Glogau, Matthias Wernicke, Tamás Blénessy, Heide Günther
- güL: Rasmus Revermann
- GAL: Martin Bär, Jürgen Stelter, Andreas Kellner, Stefan Klose, Carl-Martin Hißler
- Jusos: Johannes Reichersdorfer, Kai Wohlfarth, Malte Clausen
- RCDS: Daniel Hintzen, Kristin Walter, Stephan Hennig
- LUST: Daniel Karbe, Sven Weber
- Gäste: Katrin Geller, Arne Karrasch, Franziska Schillert, Nadja Jänner, R. Schirge, Daniel Poensgen, R. Gehrman, N. Möller, Christina Tecklenburg, Mathias Braband, Ingrid Rumpf (BrandStuVe), Kay Bergemann
- Entschuldigt: Martin Meyerhoff (GAL), Sindy Brödno ([oll])
- Außerdem fehlten: Lina Weiß (GÜL), Peer Jürgens (Die Linke.HSG, Jan Engel (wisiwidu), Sabine Merkel [oll], Filipe Miguel Freitas da Silva [oll], Christian Kube [oll], Sonja Bock (AStA)

TOP 1: Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit festgestellt.

Beginn: 19:13

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

- Tobias Dornisch bittet um die Einfügung eines Punktes: 8a - Puck Besprechung,

Antrag 16:0:3 (angenommen)

- Iniantrag (Stadtschloss): Unterstützt von: Stefan H. (RCDS), Kristin (RCDS), Andreas (GAL)

Antrag 9:2:5 (angenommen)

- 5g (Antrag auf pünktlichen Sitzungsbeginn) - zurückgezogen

- Björn Ruberg beantragt die TOP's 6,7,8 (Wahlen) vor die Anträge (TOP 5) zu legen

Antrag 11:6:2 (angenommen)

- RPA-Vergütung als Initiativantrag des Präsidiums aufnehmen:

Antrag 16:0:1 (angenommen)

Björn bittet zur Unterschreibung der Asta-Unterschriftenaktion für die
„Weiterführung der Fahrradmitnahme im RE1“

Abstimmung der Tagesordnung: 14:3:1 (angenommen)

TOP 3: Beschluss der Protokolle

Protokoll Beschluss vom 14.11: Zwei Änderungen von Jan und Tamás, werden vom Präsidium übernommen.

Abstimmung zum Protokoll: 13:2:3 (angenommen)

TOP 4: Gäste

Ingrid Rumpf neue Vorsitzende der Brandstube stellt sich vor:

- Ingrid Rumpf: Studiert in Cottbus 7. Semester

- 51 - MV – Erklärungen
52 o Gründung von Arbeitskreisen
53 o Einladung zur Beteiligung
54 o Weiter AK's möglich
55

56 **TOP 5: Wahl des RPA**

57 *(wird auf Empfehlung des Präsidiums verschoben bis Andre Prüstel anwesend ist, um sich*
58 *selbst vorzustellen)*

60 **TOP 6: Wahl der Kulturreferentinnen**

61 Vorstellung der Kandidatin:

- 62 - Katrin Geller (listenlos)
63 - Studiert span. Philologie/Germanistik
64 - Orga-Erfahrungen bei Potsdamer Literatur Nacht, sowie LEI
65 - Franzisake Schillert (Jusos)
66 - Studiert Kunstgeschichte
67 - Erfahrungen aus der Politikfabrik in Berlin

68 Arbeit:

- 69 - Montagskultur soll weitergeführt werden
70 - Sommerfest
71 - Podiumsdiskussionen
72 - Genderzusammenarbeit
73

74 Im Folgenden wurden Fragen bezüglich der künftigen Arbeit gestellt und ob es eine
75 Gewichtung geben sollte. Es wurde auf die Dringlichkeit des Unterstützungsantrages beim
76 Studentenwerk bezüglich des Sommerfestes hingewiesen.

77 Konkrete Projekte sind im Hinterkopf vorhanden, müssen im Einzelnen aber noch besprochen
78 werden.

79 Auf die Frage, wie die beiden zu autonomer studentischer Kultur (Bsp. NIL und Pub) und
80 studentischen Initiativen stehen antworten die Kandidatinnen, dass sie selbstverständlich die
81 Einrichtungen einbinden wollen, nachdem sie sich einen Überblick verschafft haben. Die
82 Kulturproblematik in Golm ist beiden bekannt und soll Thema werden.

83 Die Frage, der zu investierenden Zeit beantworteten beide: Dass sie sich dem Zeitaufwand
84 bewusst sind, pro Person und Woche ca. 15 h einplanen und daher zu zweit das Kulturreferat
85 besetzen wollen. Sie sehen den AStA als Team. Montagskulturen werden jedoch nicht mehr
86 jede Woche stattfinden können.

87
88 Katrin: listenlos, Franzi: Juso

89 Franzi: Projekte bereits in Berlin...

90 Zwischen Frage Matthias: Seit wann wisst ihr, dass ihr das Referat zu übernehmen? Franzi,
91 vor zwei Monaten hatte ich schon mit dem Gedanken gespielt...

92
93 *Abstimmung: es waren jeweils 3 Wahlgänge nötig: (ja:nein:enthaltung)*

94 *Katrin: 13:6:0, 13:6:0, 13:5:0.1 gewählt (stellt Antrag als Ko-Referentin Franziska*
95 *Schillert zu wählen)*

96 *Franzi: 13:6:0, 13:5:0:1, 13:6:0 gewählt*

97 *Beide Kandidatinnen nehmen die Wahl an.*
98

99 **TOP 7: Anträge**

100 **a) Antrag [oll] zu Studiengebühren**

101 Es wurde kontrovers über die Art der Formulierung diskutiert, einige RednerInnen der AStA
102 tragenden Koalition vertreten die Meinung, dass Unterstellungen und Konjunktive nicht in
103 einen solchen Text gehören. Es wird festgehalten, dass das Fuhrpapier evtl. zu wichtig
104 genommen wird und mit solch einer Antwort diesem eine Plattform gegeben wird.
105 Dem wird entgegnet: Eine unnötige Plattform wird nicht gebaut, die Diskussion muss gesucht
106 werden, wir müssen mit Argumenten überzeugen. Das Papier soll im Senat durch die
107 studentische Vertretung diskutiert werden, dafür benötigen wir eine Position des StuPa. Das
108 StuPa-Präsidium wird gebeten, Prof. Fuhr über den Beschluss zu informieren.
109 Die Koalition sieht es mit dem Diskussionsbedarf ähnlich. Es wird festgehalten, dass es
110 lediglich um die Art und Weise des Textes geht. Arne stellt fest, dass im Grunde das gleiche
111 Ziel erkennbar ist, die Steilvorlage von Fuhr zu nutzen.

112 *Fraktionspause der GAL.*

113 *Geheime Abstimmung: 9:7:3 (angenommen)*

114

115 **b) Antrag [oll] zur Argumentation gegen Studiengebühren**

116 Es wird diskutiert in wie fern lediglich auf soziale Punkte verwiesen wird. Der Hinweis auch
117 Struktur- und Wettbewerbs- Punkte aufzunehmen wird von der AStA-Koalition vorgebracht.
118 Ein entsprechender Änderungsantrag liegt vor. Antragssteller [oll] gibt zu bedenken, dass der
119 ursprüngliche Antrag eine Empfehlung ist, andere Argumente sind somit nicht
120 ausgeschlossen.

121 Gegen den Änderungsantrag der AStA-Koalition wird angeführt, dass er zu kurz ist, ihm eine
122 Begründung fehlt und er Phrase ohne Substanz ist. Etwa ist nicht klar, was
123 wettbewerbspolitische Gründe sind, mehr oder weniger Wettbewerb? Die soziale Schere im
124 Bildungssektor wird immer größer, dazu als zentralem Thema, sollte sich das StuPa
125 bekennen. Zur Verteidigung des ÄA wird auf die Kritik am Ursprungsantrag hingewiesen und
126 auf Bedenken (von Tobias, Ingrid und Jürgen), dass eine hauptsächlich sozialpolitische
127 Diskussion etwa für die BrandStuVe kontraproduktiv wäre, weil nicht alle Mitglieds-
128 Studierendenschaften sie nachvollziehen könnten.

129 *Zur Abstimmung werden der Antrag der OLL, sowie die Änderung der Koalition gestellt.*

130 *Abstimmung über welchen Antrag abgestimmt wird:*

131 *OLL Antrag: 6 Stimmen*

132 *Koalitionsantrag: 11 Stimmen*

133 *Enthaltungen: 2 Stimmen*

134 *Abstimmung über den Antrag der Koalition: 10:0:8 angenommen*

135

136 **TOP 5 (Sprung in der TO): Wahl des RPA**

137 Der Rechnungsprüfungsausschuss des letzten Jahres steht erneut zur Wahl, weitere zulässige
138 Bewerbungen sind nicht eingegangen.

139 *RPA_Christoph: 16:0:1 (gewählt)*

140 *RPA_Laureen: 16:0:3 (gewählt)*

141 *RPA_Andre Prüstel: 11:4:3, 12:4:3, 12:5:2 (gewählt)*

142

143 **TOP 7 (Rücksprung in der TO): Anträge**

144 **Bioessen / Mensa-Einkaufs-Policy**

145 Tamás übernimmt für die [oll] den ÄA der GAL (wodurch die Einleitung vor der eigentlichen
146 Policy gestrichen wird und der AStA beauftragt, sich für die größtmögliche Umsetzung der
147 Policy einzusetzen) und fügt ein „sowie die studentischen Vertreter im StuWe“ (sich für die
148 Umsetzung einsetzen sollen).

149 Trotz der bereits erfolgten Streichung der ursprünglichen Einleitung wird von Björn und Kai
150 nochmals betont, dass das StuWe empört über die Einleitung war, da diese als beleidigend
151 und nicht zielführend verstanden werden kann. Der Öko-Referent betont, dass solche

152 Formulierungen seine Zusammenarbeit mit dem StuWe erschweren und fügt an, dass er die
153 Policy gut findet, sie aber vom StuWe finanziell nicht realisierbar ist, er kann mit der Policy
154 sowieso nicht arbeiten.

155 Malte schlägt Ergänzungen für Sozialverträglichkeit und gegen Massentierhaltung vor:

156 a) „Massentierhaltung ist aus ethischen und auch aus gesundheitlichen Gründen
157 abzulehnen.“

158 b) „Die Umstellung auf ökologische Mensaernährung soll sozialverträglich sein. Es ist
159 unbedingt erforderlich, dass sozial schwächere Studierende sich weiterhin im Rahmen
160 der bisherigen Studentenwerkspreise versorgen können.“

161 Kai findet diese Idee gut, hat jedoch Bedenken, dass mensch keine „Eierlegende
162 Wollmilchsau“ produzieren könne. Björn wendet ein, dass er den einzig gangbaren Weg in
163 Bioessen sieht, das auch etwas mehr kostet.

164

165 *Fraktionspause der GAL.*

166 *Beide Änderungsanträge von Malte werden übernommen.*

167 *Abstimmung gesamter Antrag: 13:0:3 (angenommen).*

168

169 **c) Antrag von Tamás Blénessy zur geschlechtergerechten Formulierung**

170 Tamás erklärt den Antrag: Der AStA soll zukünftig geschlechtergerechte Formulierungen in
171 seinen Publikationen gebrauchen.

172 Gegen den Antrag wird von verschiedener Seite (Kai, Kristin, Clas) angeführt, dass mensch
173 nicht derart in die Geschäfte des AStA eingreifen könne bzw. dem AStA so was vorschreiben
174 könne.

175 Clas findet bei dieser Kritik den Antrag trotzdem wichtig und richtig, fragt aber ob nicht
176 anders auf das Problem hingewiesen werden sollte. Kristin hält den Antrag für überflüssig.
177 Für den Antrag wird von Matthias angeführt, dass die Förderung der Gleichberechtigung von
178 Frau und Mann ein in der Satzung der Studierendenschaft verankertes Ziel ist und diese
179 StuPa-Debatte die Notwendigkeit solcher Schritte aufzeigt. Die GePo-Referentin Lena führt
180 an, dass die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in politischen Diskussionen normal
181 sein sollte und sie diese auch als Teil des politischen Auftrags der Studierendenschaft sieht.
182 Daher ist es schade, dass es überhaupt eines solchen Antrags bedarf.

183 Joschka äußert, dass er sich diskriminiert fühlt, wenn es dauernd heißt ReferentInnen.

184

185 *GO von Tamás auf Ende der Redeliste. 11:4:2 (angenommen)*

186 *ÄA von Carl Martin [leider fehlt der Antragstext, inhaltlich ging es etwa darum, auch
187 sprachliche Kennzeichnung der Minderheitengerechtigkeit einzubeziehen] 6:7:1 (abgelehnt)*

188 *Gesamter Antrag: 10:5:2 (angenommen)*

189

190 *Ende der StuPa-Sitzung.*

1 **Protokoll der 10. StuPa-Sitzung vom 16. Januar 2007**

2 * Entwurf *
3

4 *Anwesend:*

- 5 • *AStA: Tobias Dornisch, Clas Hasslinger, Sonja Bock, Joschka Langenbrinck, Jana*
- 6 *Bosse, Hannes Ortmann, Mariusz Nowak, Björn Ruberg*
- 7 • *[oll]: Jan Glogau, Tamás Blénessy, Sindy Brödnö, Christian Kube, Matthias*
- 8 *Wernicke, Sabine Merkel, Filipe Miguel Freitas da Silva, Heide Günther ([oll])*
- 9 • *gül: Lina Weiß, Rasmus Revermann*
- 10 • *GAL: Jürgen Stelter, Andreas Kellner, Martin Meyerhoff, Stefan Klose*
- 11 • *Jusos: Johannes Reichersdorfer, Kai Wohlfarth, Malte Clausen*
- 12 • *RCDS: Daniel Hintzen, Kristin Walter, Stephan Hennig*
- 13 • *LUST: Daniel Karbe*
- 14 • *Gäste: Sabine Finzelberg, Frank Hennig Klein, Maika Stachowski, Kay Bergemann*
- 15 • *Entschuldigt: Peer Jürgens (Linke.HSG), Katharina Ermler ([oll]), Carl-Martin*
- 16 *Hißler (GAL), Sven Weber*
- 17 • *Außerdem fehlten: Filipe Miguel Freitas da Silva([oll]), Jan Engel (wisiwidu), Martin*
- 18 *Bär (GAL), Franziska Schillert (AStA), Lena Hererra (AStA)*

19
20 *Die Sitzung beginnt um 19:15*

21
22 **TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

23 *Das StuPa ist mit 17 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.*

24
25 **TOP 2: Beschluss der Tagesordnung**

26
27 Rasmus bringt einen Antrag von gül und [oll] ein: Hiermit wird beantragt, dem Punkt 5
28 (Berichte) als Unterpunkt d) den Top „Aussprache zum Fall der
29 Entbindung/Kündigung/Wiedereinstellung... des BrandStuve Gefüs“ einzufügen.
30 Kai beantragt, statt im TOP 5 die Aussprache zur BrandStuVe als TOP 7 im Anschluss an die
31 Anträge zu behandeln.

32 *Die beiden Änderungsanträge zur Tagesordnung werden gegeneinander abgestimmt:*
33 *6(Einfügung als TOP 5d):2(Einfügung als TOP 7:7(Enthaltung):2(nein)*

34
35 Zur Aufnahme Ini-Antrag der gül und [oll] „Nutzung der Potsdamer Parkanlagen“ in die TO:
36 Argumente dagegen (vom Ökoreferenten Björn und von Andreas): Der Antrag sollte nicht
37 behandelt werden, da er mit dem Öko-Referenten nicht vorher abgesprochen wurden. Die
38 Forderung nach freier Park-Nutzung ist zu hart und konnte bereits vor einigen Jahren nicht
39 durchgesetzt werden. Gegenargumente (Lina und Rasmus): StuPa-Anträge können auch ohne
40 Absprache mit AStA-ReferentInnen gestellt werden. Nur weil Forderungen bereits früher
41 einmal gestellt wurden und nicht durchgesetzt werden konnten, heißt das nicht, dass mensch
42 diese Forderungen nicht weiterhin vertreten kann.

43 *Abstimmung: 7:7:4 nicht aufgenommen*

44
45 *Rasmus beantragt eine Aussprache darüber, wie das StuPa mit den Stadtschloss Anträgen*
46 *verfahren möchte, zu Beginn der Sitzung – das Präsidium verweist auf die Möglichkeit der*
47 *Aussprache beim entsprechenden TOP.*

48
49 *Beschluss der so geänderten gesamten Tagesordnung: 9:4:5 (angenommen)*

50
51 **TOP 3: Beschluss des Protokoll's**

52 *Beschluss des Protokoll's vom 28.11.06: 11:4:3 (angenommen)*

53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105

TOP 4: Gäste

keine Wortmeldungen

TOP 5: Berichte

a) Berichte aus den Gremien

Matthias berichtet aus dem Senat über die Beratungen zur Gremienstruktur. Die Senatskommissionen LSK, FNK und EPK sollen auf der nächsten Senatssitzung besetzt werden. Zur GfK soll es eine separate Aussprache geben. IVK und Haushaltskommission wurden gestrichen, wie mit der BWK weiter verfahren werden soll, wird diskutiert.

b) Bericht des StuPa-Präsidiums

Das StuPa-Präsidium weist auf den Neujahrsempfang der Universität Potsdam hin und auf die ausliegenden Fragebögen zu Nebenjobs und Praktika.

c) Rechenschaftsberichte des AStA

Matthias: Joschka, mit Blackboard können die Lehrenden sehen, welche Studierenden online welche Seiten/Materialien nutzen – das könnte in die Bewertung einfließen. Du schreibst, die Uni könne das nicht ändern, wolle die Studierenden jetzt bloß darüber informieren. Warum fordert der AStA nicht komplette Ausschaltung des Blackboard-Statistik-Moduls wie es die Studierenden in Berlin an der FU am OSI durchgesetzt haben?

Joschka: Ich sehe in der Information der Studierenden und der angekündigten Nutzungsordnung einen Kompromiss, mehr Druck konnte ich nicht machen.

Lina: Warum steht im Rechenschaftsbericht des GePo-Referats der Besuch das GAL-Frauenforum.

Jana: Im Sinne der Transparenz – das ist eine Frauenpolitische Gruppe.

Lina: Verstehe nicht was es im RSB zu suchen hat, wenn AStA-ReferentInnen zu GAL-Treffen gehen.

Kubi fordert einen Bericht zum Stand der SemTix-Verhandlungen ein. Lina fragt: Was ist mit einer Urabstimmung? Findet die statt? Hast du jetzt das ganze Jahr nur damit zu tun?

Björn berichtet (teilweise nicht öffentlich): Die Urabstimmung zum neuen SemTix-Vertrages soll erst in einem halbes Jahr stattfinden. Es wird ein wesentlicher Teil meiner Arbeit sein.

Mache auch andere Sachen. Zur Fahrradwerkstatt: Schlüssel sind an drei Personen abgegeben, da passiert jetzt was.

Tamas berichtet von einem Dozenten, der die Informationen von Blackboard in die Benotung einfließen lässt.

Matthias: Das BbgHG wird gerade novelliert, was machen AStA und BrandStuVe dazu?

Tobias: Hat der BrandStuVe-Vorstand in Planung – dieser trifft sich Samstag wieder.

Matthias: Es solle eine neue Hochschulprüfungsverordnung geben, was macht ihr dazu?

Matthias: Es gab ein Gespräch des AStA mit der Präsidentin Frau Kunst, was habt ihr alles besprochen? Tobias: Das werdet ihr dann in den nächsten Monaten sehen.

Lina hakt nach: In den RSBs steht dazu nicht viel drin, was habt ihr denn nun gesprochen?

Clas: Jeder hat sein Referat vorgestellt. AStA-Meinungen wurden ausgetauscht. Es gab einen Austausch über die Gestaltung zukünftiger Arbeit zwischen AStA und Präsidium bei gemeinsamen Projekten.

Jana: Nimmt Stellung, weil es nicht in ihrem RSB steht: Unser Thema waren die Interdisziplinäre Geschlechterstudien. Wir möchten, dass das Angebot allen offen steht und nicht nur Teil der Schlüsselqualifikationen ist. Frau Kunst sieht die Ba-Umstrukturierung als ihr „Steckenpferd“ und möchte sich dem Thema annehmen.

Jan: Warum wird noch mal ein Schallschutzgutachten fürs KuZe erstellt? Clas: Das Gutachten ist für den Hof für die Nacht, das letztes war nur fürs Kesselhaus.

Johannes: Wer ist der angesprochene Dozent, der die Blackboard-Informationen in die Benotung einfließen lässt. Támas: Den Namen will ich hier nicht nennen.

106 Matthias: Was macht das Referat für Internationales noch außer der Wiederbelebung des
107 AKAS? Sonja: Habe heute mit Frau Neum gesprochen, zum AKAS. Der AKAS ist mein
108 Hauptprojekt, es gibt auch Flyer dazu. Es geht besonders um die ausländischen Studierenden,
109 die nicht über Erasmus-Programme hier sind. Matthias: Was machst du noch? Hast du etwa
110 vor Info-Materialien für ausländische Studierende zu erstellen oder dich anderen
111 ReferentInnen zu vernetzen, etwa im BAS oder im fzs? Sonja: Ich hatte einen Termin mit
112 dem Studienkolleg, die haben gerade ein Raum-Problem. Das Festival contre le racisme steht
113 auf der meiner ToDo-Liste.
114 Jan ans Kulturreferat: Was wollt ihr bei dem Band-Contest machen? Katrin: Im Rahmen der
115 Montagskultur soll der Contest stattfinden. Die Gewinner sollen auf dem Sommerfest spielen,
116 das könne sie dann etwa in ihren Lebenslauf schreiben. Maika: Wir wollen auch
117 Podiumsdiskussionen machen, das Politische kommt nicht zu kurz.

118

119 **d) Aussprache zur BrandStuVe-Geschäftsführung und Tobias Dornisch**

120 Tobias: Der BrandStuVe-Vorstand äußert sich nicht dazu, weil es eine Personal-
121 Angelegenheit ist. Ich sage daher auch nichts zu Personalangelegenheiten.

122

123 *Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit: 7:7:5 (abgelehnt)*

124

125 Kubi: Warum wolltest du den BrandStuVe Geschäftsführer rausschmeißen? Tobias: keine
126 Antwort.

127 Matthias: Habt ihr jetzt gekündigt? Tobias: Wie gesagt, dazu gebe ich keine Auskunft.

128 Matthias: Der Beschluss des BrandStuVe-Vorstandes vom Dezember wurde zwar in deiner
129 Abwesenheit getroffen, aber so was wir doch vorher schon besprochen, du musst doch vorher
130 mit den anderen Vorstandsmitgliedern darüber gesprochen haben? Tobias: Das ist nicht
131 vorher besprochen worden. Matthias: Auch wenn du beim Beschluss nicht im Raum warst,
132 hast du den Beschluss doch ausgeführt, warst also dran beteiligt, oder? Tobias: Ich habe nach
133 Rücksprache mit Ingrid gehandelt.

134 Rasmus: Du hast die Enthebung des Gefüs von seinem Amt ausgesprochen ohne
135 Rücksprache mit dem Vorstand, oder? Tobias: Keine Antwort. Ich habe keine Lust mich zu
136 wiederholen. Die Kündigung ist mit allen Vorstandsmitgliedern abgesprochen worden.

137 Tamás: Du behauptest, du wärest nicht dran beteiligt gewesen. Im Protokoll vielleicht. Aber
138 emails sagen was anderes.

139 Tobias: Das war ein Kommunikationsproblem. Du kannst gar nicht nachvollziehen, wie es zu
140 diesen Aussagen in den emails gekommen ist.

141 Matthias: Liest email von Tobias vor. Lina möchte die email im Protokoll: *Hier die Email in*
142 *Auszügen. Es ist davon auszugehen, dass die Email nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war,*
143 *wenngleich sie zeitweilig der Öffentlichkeit zugänglich war:*

144 *From: hopo at asta.uni-potsdam.de (Tobias Dornisch (AStA))*

145 *Date: Wed, 03 Jan 2007 00:47:09 +0100*

146 *Subject: [Brandstuve-vorstand] (Ab)Reaktion an Malte*

147 *Hi,*

148 *um nicht gg. Malte ausfallend zu werden, habe ich meinen plötzlichen*

149 *Energieschub in meinen Blutbahnen dazu genutzt, so ziemlich alle*

150 *Passwörter, die mir gerade wichtig erschienen, zu ändern.*

151 *Und auf allen Listen Malte unterbunden, dass er ohne Moderationsfreigabe*
152 *was drüber schicken darf.*

153 *[...]*

154 *Aber mal andersrum gesehen:*

155 *Die Kündigung dafür geht vor jedem Arbeitsgericht durch, egal was der*
156 *Vertrag sagt.*

157 *Zu meinen juristischen Vermutungen bzgl Maltes Vertrag mehr am Sonntag.*

158 *(Kurz: Arbeitsgericht wäre gar nicht zuständig, weil ein Honorarvertrag*

159 *kein Dienstverhältnis ist. Wenn er gegen uns Ansprüche geltend machen*
160 *wollte, dann per Mahnverfahren.*

161 Laut dieser email hast du dich sowohl beteiligt und als auch unabgesprochen gehandelt.
162 Tobias: Ich halte das mit den Passwörtern für eine legitime Sache. Das mit der Kündigung in
163 die Öffentlichkeit zu tragen war gar nicht so gedacht. Wir wollten noch mal mit Malte reden.
164 Das Vertrauensverhältnis zu Malte war zu diesem Zeitpunkt nicht gut. Ich sehe nicht ein,
165 warum ich mich dazu im BrandStuVe-Vorstand enthalten sollte.

166 Jürgen: Ich habe aus der email keine Forderung von Tobias gelesen. Ich halte es weiterhin für
167 richtig, dass der BrandStuVe-GeFü nicht im StuPa ist. Verweis auf die Praxis, dass AStA-
168 Angestellte keine StuPa-Mitglieder sind. Verweis darauf, dass der AStA den BrandStuVe-
169 GeFü bezahlen kann und es daher ein AStA-Mitarbeiter ähnliches Verhältnis darstellt. Jürgen
170 hält daher die Forderung aufrecht, dass Malte sich für ein Amt entscheiden sollte.

171 Lina: Das ist eure Meinung, aber wie beeinflusst das StuPa die BrandStuVe, wo ist der
172 Interessenkonflikt? Es ist ein Unterschied jemanden aufzufordern nicht beide Positionen
173 gleichzeitig inne zu haben oder ihm zu drohen. Halte das für einen Skandal. Mir scheint das
174 Argument, dass ein Interessenkonflikt vorliegen könnte, vorgeschoben.

175 Clas: Das Problem ist, dass es kein Vertrauen mehr zwischen Vorstand der BrandStuVe und
176 GeFü gibt. Daher finde ich die Handlung des Vorstands legitim. Mehr ist nicht mehr
177 nachvollziehbar.

178 Kai: Malte ist auf der Liste der Jusos angetreten. Ich denke, dass ihr Malte mit dem Weg in
179 die Öffentlichkeit keinen Gefallen tut. Wir finden bei den Jusos die Trennung zwischen Amt
180 und Mandat richtig Ihr verteidigt, als Opposition, eine Parlamentarier der Koalition. Als
181 Geschäftsführer bekommt er im übrigen rund den Betrag als Honorar, den wir als UP an
182 Beiträgen entrichten.

183 Jan: Schließe mich Lina an. Die BrandStuVe sollte transparent sein, so was sollte diskutiert
184 werden und eine demokratische Willensbildung sollte stattfinden.

185 Lina: Inwieweit ist die BrandStuVe-Geschäftsführung ein politisches Mandat? Tobias: AStA
186 kann dazu nichts sagen. Das Amt ist kein politisches Amt. Lina: Ist eine Änderung der
187 Satzung geplant, um zukünftig die Mitgliedschaft in einem Studierendenparlament für den
188 GeFü auszuschließen? Tobias: Das ist nicht bekannt.

189 Anselm: Wo hat der Konflikt angefangen?

190 Malte: War mir über das Problem erst bewusst, als am 20.12. aus heiterem Himmel mir gesagt
191 worden ist, dass ich mich zwischen StuPa-Mandat und BrandStuVe-GeFü entscheiden soll.
192 Daraufhin gab es einen entsprechenden Beschluss, dass mir nur bei Niederlegung des StuPa-
193 Mandates ein Arbeitsvertrag für Januar ausgestellt werden sollte. Vorher gab es meines
194 Wissens nach keine Konflikt.

195 Anselm: Beim Beschluss war Tobias nicht anwesend?

196 Malte: Ja, Tobias verließ vor dem Beschluss den Raum. Der Beschluss war einstimmig 3:0.

197 Matthias: Für mich ergibt sich folgendes Bild: 1. Zu Anfang ging es eindeutig darum, dass
198 Malte sein StuPa-Mandat niederlegen soll. Das zeigt sich auch an Tobias erster email über
199 den StuPa-Verteiler. Dort steht kein Wort von „gestörtem Vertrauen“ in den GeFü, diese
200 „Idee“ kam offensichtlich erst später ins Gespräch. 2. Dafür, Malte mit Kündigung zu drohen,
201 wenn er sein StuPa-Mandat nicht niederlegt, gibt keinerlei Grundlage. Die Ausschreibung, auf
202 die Malte eingestellt wurde erlaubt die StuPa-Mitgliedschaft. Die Beschränkung der
203 vorherigen Ausschreibung, dass der GeFü keinem Gremium einer Studierendenschaft
204 angehören dürfe wurde im letzten Jahr bewusst gestrichen. Tobias hat diesen
205 Diskussionsstand der BrandStuVe mit seiner Antwort bestätigt. 3. Daher ist klar, dass hier ein
206 Parlamentarier ohne Grundlage bedrängt wurde, sein StuPa-Mandat niederzulegen. Ihm
207 wurde gedroht, ansonsten seinen Job als BrandStuVe-GeFü zu kündigen. Tobias hat als
208 Mitglied des AStA und des BrandStuVe-Vorstandes dieses Verhalten mit getragen. So etwa
209 ist weder für die BrandStuVe noch für AStA-UP tragbar. Deswegen fordere ich Tobias
210 ebenfalls auf, vom BrandStuVe-Vorstand zurück zu treten!

211 Tobias: Vorstand stellt immerhin Mitarbeiter ein. Matthias: Er unterschreibt bloß im Rahmen
212 normaler Außenvertretungsbefugnis die nötigen Verträge. Tobias: An dem Beschluss der
213 Entbindung des GeFüs von seiner Tätigkeit habe ich mitgewirkt. Malte hat das dann
214 veröffentlicht. Erst dann gab es weitere Überlegungen. Das war die richtige Reihenfolge.
215 Tamás: Die Verquickung von Amt und Mandat ist an den Haaren herbeigezogen. Solche
216 Verquickungen gibt's überall, ich bin z.B. auch Antifa-Referent des fzs. Diesen Vorgang
217 öffentlich machen war richtig, es ging ja offenbar darum Hilfe zu suchen.
218 Clas: Ihr wisst, wer nachrückt, wenn Tobias zurücktritt: ich. *Applaus*. Eine öffentliche
219 Debatte darüber wird die Position der Studierendenschaft und die BrandStuVe schwächen.
220 Jürgen: BrandStuVe-GeFü und StuPa sollte getrennt werden – das ist meine Meinung und da
221 Tobias auch mich vertreten muss, gibt es ein Interessenkonflikt für ihn.
222 Anselm: Gäbe es jemanden, der bei den Jusos nachrückt?
223 Johannes: Ja.
224 Hennig: Ich kann das Argument schlecht nachvollziehen, dass solche Diskussionen die
225 Gremien schwächen. Solche Diskussionen sind notwendig, damit überhaupt politisch
226 sichtbare Arbeit stattfinden kann.
227 Tobias: Ich kann nicht nachvollziehen, wieso ich eine politisch missliebige Person beseitigen
228 sollte. Welches Interesse hätten die anderen Hochschulen der BrandStuVe daran?
229 Björn: Finde die Diskussionskultur unter aller Sau. Das beweist, dass ihr keine sachliche
230 Aufklärung wollt, sondern nur eine Show. Ich antworte ja auch anständig.
231 Jan: Unmöglich, dass du das machst, was du uns gerade ankreidest: Deine Diskussionskultur
232 ist an deiner Mimik und Gestik zu erkennen. Jürgen sagte vorhin was über einen Vertrag mit
233 dem GeFü für Januar. Darum ging es und nicht um seine Entbindung von seiner Tätigkeit.
234 Tobias hat den GeFü von seiner Tätigkeit entbunden, daher war das also ein Alleingang von
235 Tobias!
236 Jürgen: Ich hab gar nichts zu einem Beschluss von der BrandStuVe gesagt.
237 Matthias: Ich möchte noch mal zwei Punkte festhalten. 1. Die Entbindung des GeFüs von
238 seiner Tätigkeit war also ein Alleingang von Tobias. 2. Ein Mitglied des StuPa's sollte
239 gezwungen werden, sein Mandat niederzulegen, ansonsten wurde mit dem Verlust seines Jobs
240 gedroht. AStA-ReferentInnen sollten ihre Pflichten als Arbeitgeber kennen, sie sollten
241 ArbeitnehmerInnenrechte achten und diese nicht, wie hier, mit den Füßen treten. Der AStA ist
242 als Team angetreten, ich möchte von allen ReferentInnen wissen, ob sie dieses hier
243 beschriebene Verhalten von Tobias mittragen.
244 Jürgen: Mitarbeiter können natürlich regulär gekündigt werden.
245 *GO-Antrag von Kai auf Ende der Redelist: 9:8:3 (angenommen)*
246
247 Clas: Ich habe nicht unbedingt eine Meinung zu jedem kleineren Thema eines anderen
248 Referats. Ich glaube, dass daraus eine Lehre gezogen worden ist, eine Geschäftsführung als
249 administrative Funktion nicht mit der Mitgliedschaft in Gremien der Studierendenschaft zu
250 vermischen. Jetzt müssen wir das verlorene Vertrauen wieder herstellen, etwa zu den FH-
251 AStAen, und als größte Studi-Schaft dem BrandStuVe-Vorstand den Rücken stärken.
252 Matthias: Verlange Antworten von AStA als Team, ob sie solches Verhalten mittragen.
253 Björn: Dazu gebe ich keine Antwort.
254 Hannes: Die Sache ist schwierig von beiden Seiten, ich enthalte mich aus Loyalität gegenüber
255 meinem Mitbewohner Malte.
256 Joschka: Ich war gerade draußen und habe dazu keine Meinung.
257 Jana: Fehlverhalten auf beiden Seiten sollte aufgeklärt werden. Ich durchschaue den Prozess
258 nicht, aber Tobias hat mein Vertrauen.
259 Mariusz: Ich habe bisher im AStA nie eine „Richtung“ mitgetragen, also auch hier nicht.
260 Sonja: Ich mische mich nicht in die Arbeitsbereiche anderer ReferentInnen ein.
261 Katrin: Wir sind ein Team und sollten deswegen hinter Tobias stehen.
262 Lina: Der AStA sollte als Team antworten. Was macht die BrandStuVe, wie soll der nächste
263 Arbeitsvertrag nun aus sehen?

264 Tamás hält fest: Malte wurde durch die angedrohte Kündigung vor die Wahl StuPa-Mitglied
265 oder BrandStuVe-GeFü gestellt. Des Weiteren gab es, wie gesehen, Alleingänge eines AStA-
266 Vorsitzenden. Hier wurde es diskutiert und jetzt sollte in der BrandStuVe weiterdiskutiert
267 werden. Daher stelle ich folgenden Ini-Antrag:

268 „Angesichts der Aussprache über die Vorkommnisse im arbeitsrechtlichen
269 Dienstverhältnis zwischen dem Vorstand des BrandStuVe und dem Geschäftsführer
270 des BrandStuVe beantragt das StuPa der Universität Potsdam eine außerordentliche
271 Mitgliederversammlung des BrandStuVe mit den Tagesordnungspunkten:

- 272 a) Aussprache zum Konflikt Malte vs. Vorstand
273 b) ggf. Abwahl des Vorstandes und Neuwahlen.“

274 Rasmus: Ich habe mir mehr Klarstellung gewünscht, leider kamen oft keine klaren Aussagen.
275 Der Vorgang hat für mich immer noch den Anschein einer politischen Säuberung. Das die
276 anderen ReferentInnen sich nicht klar hinter Tobias gestellt haben, ist ein eindeutiges
277 Zeichen.

278 Tobias: Die Diskussion basierte auf Vermutungen. Jans Beiträge zeigen, dass hier eine
279 Realitätsverzerrung bei einigen Leuten vorliegt. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihr es
280 politischer gemacht hättet, so kann ich davon nichts mitnehmen.

281 Lina: Finde Tobias Redebeitrag eine Oberfrechheit, denn eben Tobias hat auf die meisten
282 Fragen nicht geantwortet.

283

284 *Abstimmung zur Behandlung des Ini-Antrages von Tamás: 9:8:2 (zur Behandlung*
285 *angenommen)*

286 *Antrag auf Vorziehen der Behandlung des Ini-Antrages an diese Stelle: 9:9:2 (abgelehnt)*

287

288 **TOP 6: Anträge**

289 *Um dem dringenden Antrag von Katrin Geller und Clas Hasslinger heute sicher behandeln zu*
290 *können, beschließt das Stupa an dieser Stelle das Vorziehen des TOP 6c einstimmig (20:0:0)*

291

292 **6c) Sommerfest**

293 Es wurde zum diesem Tagesordnungspunkt Fragen bezüglich der Summe und der konkreten
294 Act's gestellt. Die Antragsteller verwiesen in ihren Antworten auf die Planungsphase und
295 nannten angedachte Namen, welche aber noch zu verhandeln sind. *(Aufgrund der noch nicht*
296 *beendeten Verhandlungen werden die Bandnamen an dieser Stelle nicht veröffentlicht)* Das
297 Interesse des gesamten Parlamentes an einem erfolgreichen Sommerfest wird verdeutlicht. Es
298 werden Tips zur Planung und Umsetzung ausgetauscht. Als mögliche Orte werden Neues
299 Palais, Bassinplatz und der Lustgarten angesprochen.

300 Die Akteure der FH sollen angesprochen werden. Es ist angedacht die Studentischen Clubs
301 anzusprechen, ob sie mitarbeiten wollen. Weiterhin wurde über einzelne Posten des
302 Kostenplanes gesprochen, allerdings verwiesen die Antragssteller an dieser Stelle auf die
303 Vorplanung, welche sich an den letzten Jahren orientierte. Die konkreten Planungen (inkl. der
304 Kostenrechnung) erbittet das Stupa alsbald einsehen zu können.

305 *Dem Antrag auf Unterstützung vor dem Verwaltungsrat des Studentenwerkes i.H.v. ??? Euro*
306 *wird zugestimmt: 16:0:4 (angenommen)*

307

308 **6a) Veranstaltung zur Frauenunterdrückung in Deutschland**

309 Dieser Antrag wird kontrovers diskutiert.

310 Der vorliegende Änderungsantrag wurde mit der Begründung: „..., *das es immer noch unsere*
311 *Intention ist, die beiden Refentinnen für sämtliche Aufwendungen und Kosten, die vor,*
312 *während, und nach der Veranstaltung angefallen sind, angemessen zu entschädigen.“*
313 eingereicht.

314 Dies ist nach Ansicht der AStA tragenden Listen „...eine Ummodelung der bereits
315 angefallenen Kosten...“ Der veränderte Antrag solle erneut zum AStA verwiesen werden, da

316 dieser den neuen Inhalt nicht besprechen konnte. Dem wird entgegen gehalten, dass er beim
317 Stupa nun liegt, also auch beschlossen werden kann.

318

319 *Antrag auf Ende der Redeliste: 11:7:1 (angenommen)*

320 *Beschluss des Antrages: 11:8:1 (angenommen)*

321

322 **6d) Aufwandsentschädigung für den RPA**

323 Um den schon länger vorliegenden Antrag zur Aufwandsentschädigung des RPA zu
324 behandeln, beschließt das Stupa an diese Stelle das Vorziehen des TOP 6d.

325 *Dem Antrag des Präsidiums auf Aufwandsentschädigung des RPA 2006/2007 wird mit*
326 *Änderungen zugestimmt: 18:1:1 (angenommen)*

327

328 *Antrag auf Ende der Sitzung: 8:10:1 (abgelehnt)*

329

330 *Antrag auf sofortige Abstimmung zum TOP 6b): 10:9:1 (angenommen)*

331

332 *Fraktionspause. Ende der Sitzung.*

333

Liebes Präsidium,

hiermit bitte ich um Aufnahme des TOP "Wahl eines Co-Referenten für das Referat Campuspolitik: Studium & Lehre" in die TO der StuPa-Sitzung am 06.02.

Dieser TOP soll bitte vor der inhaltlichen Thematisierung anderweitiger Anträge behandelt werden.

Beste Grüße

Joschka

--

Joschka Langenbrinck
Referent für Campuspolitik: Studium & Lehre
AStA der Universität Potsdam

Antrag an das Studierendenparlament der Universität Potsdam

Das StuPa möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich gegen den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschloss' aus. Bildung für alle muss Vorrang für die Entwicklung des Landes haben. Sie schließt sich damit diesem offenen Brief an:

Keine Mitte für die Stadt

Warum wir, die Menschen von Potsdam, kein Stadtschloss brauchen und warum sich Stadt und Land einen solchen Prestigebau nicht leisten können.

Größenwahn

Die öffentlichen Mittel sind knapper denn je, so heißt es in sämtlichen Positionen aller Institutionen und Gruppen. Die Entwicklung der Stadt Potsdam und des Landes Brandenburg war schon immer in den Händen der Eliten und scheint es noch immer zu sein, denn ein Stadtschloss - wie auch die Garnisonkirche - dient einzig dem Prestige von Regierung und InvestorInnen, die dessen Relevanz für den Tourismus überbetonen. Ihre Identifikation mit dem Projekt ist offenbar weniger das Gebäude selbst als die politische Macht, dieses erbauen zu können. Das Public-Private-Partnership ist dabei genau diese Lobbyarbeit von Eliten mit definierten wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Eine Stadt und ein Land, die nicht einmal genug Mittel für ein sozio-kulturelles Grundgerüst bereit stellen, wo Schulen in katastrophalem Zustand sind und wo ganze Viertel und Landstriche zu Abstelllagern von sozial Schwachen werden, kann wohl kaum die Integration der Gesellschaft mit einem Schloss der Regierung beabsichtigen.

Frage nach Identität

Die Wiederherstellung eines Schlosses als administratives Zentrum einer demokratischen Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich. Ein Schloss, so groß und imposant, in der Tradition von Wehranlagen, ist dazu da, Macht zu demonstrieren und für "Normalsterbliche" unerreichbar zu sein. Es ist also Symbol für Macht und Ausgrenzung. Wenn also von einer Identität die Rede ist, die durch dieses Symbol geschaffen werden soll, kann damit wohl kaum der Wunsch nach Freiheit, sozialer Gleichheit und Frieden verbunden werden. Man kann die Distanz der Regierung von den Bedürfnissen der Bevölkerung kaum besser demonstrieren als in solchen Gebäuden.

Die architektonische Meisterhaftigkeit als wichtigsten Grund für den Wiederaufbau vorzuschieben übersieht, dass Architektur stets einem Zweck dient und kein Selbstzweck ist, gerade wo es in Potsdam Rokoko an allen Ecken gibt. Es ist also die Frage, welchem Zweck die Architektur damals gedient hat und welchem sie heute dienen soll. Anders formuliert heißt das, welche Art zu Leben und welche Werte damit verknüpft werden. Zudem ist Architektur nicht mit Stadtentwicklung zu verwechseln, da diese nur den Abschnitt von theoretischer Planung bis zur baulichen Fertigstellung umfasst, Stadtentwicklung jedoch in der Kontinuität der Geschichte verankert ist und sich seinerseits der Architektur zum bestimmten Zweck bedienen kann.

Zudem ist auch die Parallele zur Dresdener Frauenkirche als originalgetreue Replikation unzutreffend, da das Stadtschloss nur in wenigen Teilen diesem Anspruch entsprechen, ansonsten aber weit größer gebaut werden soll, um den Ansprüchen des Landtages zu genügen.

Historischer Kontext des Stadtschlosses in der Stadtentwicklung

Potsdam ist als Residenzstadt der Preußischen Fürsten und Könige übersät mit Spuren seiner Geschichte. Das Stadtschloss spielte dabei jedoch eine untergeordnete Rolle, wie das UNESCO Weltkulturerbe belegt. Dennoch diente es der Repräsentation und Machtdemonstration als Burg- und später Schlossanlage. Bereits in Kriegen der Preußischen Könige wurde es beschädigt, bis es dann im zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurde. Geschichte nun als singuläre Momentaufnahme einer vermeintlichen Blüte darzustellen, statt ihre Kontinuität und ständige Weiterführung zu verstehen, blendet bewusst Teile der Geschichte aus. Es handelt sich also um einen Versuch, Geschichte neu zu schreiben. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geschichte hieße, ihre Spuren zu bewahren und eben ggf. auch Lücken zu lassen, die auffallen. So ist die Berliner Gedächtniskirche oder waren die Überreste der Dresdener Frauenkirche mahnende Zeugen des Krieges, die authentisch allen vor Augen führen, was sonst unfassbar abstrakt bleibt. Auch die Stolperstein-Kampagnen vieler Städte, wo progressiv die oft so unscheinbaren Spuren der Geschichte in die Öffentlichkeit gebracht werden, zeigen, wie notwendig eine direkte Auseinandersetzung mit dem eigenen Umfeld ist.

Es wäre begrüßenswert, wenn auch die Ruinen des Potsdamer Stadtschlusses nicht einfach entfernt worden wären. Der Wiederaufbau ist in diesem Zusammenhang aber nichts anderes als die Glorifizierung Preussischer Monarchie und das Ausblenden des zweiten Weltkrieges, wie es so vielerorts in dieser Stadt bereits geschehen ist.

Soziale Stadtentwicklung und Zentrumsdefinition

Wie hinlänglich bekannt, ist eine Stadtentwicklung unabhängig von der Definition eines einzigen Zentrums. Potsdam hat sich als Netzwerk von verschiedenen Zentren, die allesamt von bestimmten infrastrukturellen und in ihrer Zeit gewachsenen Strukturen bestimmt werden, entwickelt. Beispielsweise könnten genannt werden: Babelsberg, der Stern, die Innenstadt, die Schiffbauergasse oder der Hauptbahnhof.

Die Definition eines neuen Zentrums durch dieses Bauwerk ignoriert die gewachsene Struktur und die Bedürfnisse der Menschen Potsdams. Es ist ein weiterer Schritt der Ausgrenzung ungewollter Gruppen der Gesellschaft. Ein Regierungspalast als das Herz von Stadt und Land dient nur den Regierenden und Einflussreichen, kann und soll jedoch kein Anziehungspunkt für Jugendliche, sozial schwache und ältere Menschen werden.

In der jetzigen Sozialstruktur und dem Geschichtsbild der Regierung und Eliten ist der Wunsch nach einem solchen Stadtschloss nur folgerichtig. Wir wehren uns gegen dieses Projekt, da es überhaupt nichts mit den Menschen Potsdams und Brandenburg sowie einer sozialen Stadtentwicklung zu tun hat.

conrad jackisch

Änderungsantrag von Tamás Blénessy zum Stadtschlossantrag von Conrad Jakisch:

„Streiche den Absatz nach „Das StuPa möge beschließen“ und füge statt dessen

[Die Studierendenschaft der Universität Potsdam unterstützt als Teil der Potsdamer BürgerInnenschaft diesen offenen Brief. Ein Land, welches kaum Geld für die Ausstattung seiner Bildungseinrichtungen und keine Konzepte für eine gleichberechtigte Ausbildung aller hat, kann sich kein Schloss bauen. Eine Stadt, die es nicht schafft, prekäre soziale Verhältnisse auszuräumen und eine lebendige Stadtentwicklung mit allen BürgerInnen zu entwickeln, sollte sich nicht an einem Prestigeprojekt verheben.

Den Studierenden der Stadt ist eine soziale Stadtentwicklung und lebendige Kultur wichtiger als der Wiederaufbau zweitrangiger preußischer Symbole, deren geplante Nutzung als Landtag keine Einbindung in die bestehenden städtischen Strukturen vermuten lässt.]

ein.“

Alternativer Stadtschloss Antrag von Andreas Kellner

Liebes StuPa,

hiermit stelle ich einen Stadtschloßantrag, der alternativ zum Stadtschloßantrag der oll/GÜL abgestimmt werden kann. Damit man auch eine Wahl hat;-)

Viele Grüße: Andreas (GAL).

Antrag:

Potsdam braucht ein Stadtschloß. Das StuPa befürwortet den originalgetreuen Aufbau des Stadtschlusses mit historischer Fassade sowie originalgetreuem Innenhof. Zum Zwecke der Authentizität fordert das StuPa den weitestmöglichen Einsatz von Originalbauteilen, wie sie im Ernst-Thälmann-Stadion, am Brauhausberg sowie in der Havel bei Hermannswerder geborgen wurden und noch geborgen werden können.

Zur Kenntlichmachung des architektonischen Kontextes muß auch die Umgebung des Schlosses nach historischem Vorbild rekonstruiert werden. Das betrifft die Randbebauung am Alten Markt gleichermaßen wie die Gestaltung des Lustgartens. Bei der Gestaltung des Lustgartens spricht sich das StuPa für den Zustand aus der Zeit des Großen Kurfürsten aus (also ohne Exerzierplatz, Neptunbecken darf aber bleiben). Auch die Kennzeichnung der bereits vorhandenen Bittschriftenlinden-Nachpflanzung ist unabdingbarer Bestandteil der Rekonstruktion dieses Stadtteils, weil dieser Baum bei der Wiederanknüpfung an historische Traditionen wieder als Sammelpunkt für Petiteure gelten kann. (Zur Erinnerung: Zu Zeiten F2's wurden täglich an der Bittschriftenlinde Petitionen angenommen und durch die Obrigkeit wohlwollend bearbeitet)

Da der Landtag bereits angemerkt hat, daß die Grundfläche des Stadtschlusses mit herkömmlicher Bebauung den Anforderungen des Brandenburgischen Parlamentes nicht ausreichend gerecht wird, empfiehlt das StuPa den Ausbau mehrerer Untergeschosse unter das Stadtschloß, vergleichbar mit den Seminarräumen der DB-Akademie am Kaiserbahnhof. Auf diese Weise ließe sich genügend Platz schaffen, um bei einer räumlichen Konzentrierung der Landespolitik beispielsweise auch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung in einem der Untergeschosse (gleich unter der Tiefgarage) unterzubringen. Das StuPa ist davon überzeugt, daß derartige Räumlichkeiten wie die im und unter dem neuen Stadtschloß für die Ministerien und Entscheidungsträger des Brandenburger Landtags eher angemessen sind als die bisherigen Gebäude.

Antrag der güL (grüne überparteiliche Liste) und der [oLL] (offenelinkliste) an das 9. Studierendenparlament zur Sitzung am 16.01.2007



Nutzung der Potsdamer Parkanlagen

Antragstext:

Das Studierendenparlament erklärt hiermit die Missbilligung der im Amtsblatt Nr. 44 des Landes Brandenburg vom 08. November 2006 veröffentlichten Verordnung „Ordnungsbehördliche Verordnung zur Abwehr von Gefahren für die im Vermögen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg befindlichen baulichen und gärtnerischen Anlagen (Stiftungsanlagenverordnung - StiftAnIVO)“.

Diese Verordnung sieht strikte Regeln für die Nutzung sämtlicher Parkanlagen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten vor. Diese Verordnung widerspricht ihrem erklärten Ziel, die Parkanlagen „zum Zweck der Erholung, der bürgerschaftlichen Begegnung und der kulturellen Bildung“ zugänglich zu machen: Es wird so ziemlich alles verboten was diesem förderlich wäre.

Weiterhin macht das Verbot des Fahrradfahrens es Studierenden, MitarbeiterInnen und Gästen der Uni Potsdam unmöglich die Unistandorte zügig und bequem zu erreichen. Ein umfahren des Parks würde die Wegstrecken zwischen Neuem Palais und dem botanischen Garten beispielsweise nahezu verdoppeln. Die innerstädtische Lage der Parkanlagen macht eine Nutzung der Parkanlagen als Fahrradverkehrswege unabdingbar.

Zudem versteht das Stupa die Parkanlagen als öffentlichen Raum. Um sicherzustellen, dass dieser auch als solcher von der gesamten Öffentlichkeit genutzt werden kann, fordert das Stupa:

- das Fahrradfahren auf allen Wegen freizugeben (als Kompromiss mögen touristisch stark genutzte Bereiche wie etwa die Hauptachse im Park Sanssouci oder Orte der Ruhe wie beispielsweise der Mali-Garten von dieser Regelung ausgenommen werden, gute Erreichbarkeit aller Uni Standorte muss jedoch gegeben sein)
- durchgehende Öffnungszeiten des Parks (keine Schließung bei Dunkelheit insbesondere im Winter)

- Nutzungsmöglichkeiten der Freiflächen in der Umgebung der Uni Standorte
- Freigabe der Wiesen als Erholungsorte, d.h. als Liegewiesen und Spielwiesen (alternativ Freigabe von mind. zwei (ausreichend großen) solcher Flächen in jedem Park)
- Schaffung von Spielmöglichkeiten für Kinder

Zur Durchsetzung dieser Forderungen beauftragt das Stupa den Asta (ggf. durch Einrichtung eines offenen Arbeitskreises) den Kontakt mit anderen betroffenen Gruppen zu suchen (e.g. MitarbeiterInnen), Gespräche mit der Stiftung zu führen und öffentlichkeits wirksame Aktionen vorzubereiten und durchzuführen.

nicht zum Antragstext gehörig:

- Anlage: Amtsblatt Nr. 44 des Landes Brandenburg, 08. November 2006
- Die „initiative park frei“ erklärt sich bereit die Ergebnisse der im Zuge der Diskussion um Eintrittsgelder im Herbst des Jahres 2004 von der ini durchgeführten Umfrage dem AK/Asta zur Verfügung zu stellen.

UnterstützerInnen des Initiativantrags:

Lina Weiß (gül)

Rasmus Revermann(gül)

Christian Kube [oll]

Errichtung der Stiftung „Glasbrücke Berlin - Stiftung für europäische Glaskunst“

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern
Vom 20. Oktober 2006

Auf Grund des § 13 des Stiftungsgesetzes für das Land Brandenburg (StiftGBbg) vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 150) wird hiermit die Anerkennung der Stiftung „Glasbrücke Berlin - Stiftung für europäische Glaskunst“ mit Sitz in Templin öffentlich bekannt gemacht.

Der Stiftungszweck ist die Förderung der zeitgenössischen europäischen Glaskunst.

Er wird verwirklicht unter anderem durch die Förderung und Unterstützung von Künstlern, Preisauslobungen, Erarbeitung und Förderung von Ausstellungen, Förderung fotografischer Arbeiten und Bereitstellung von Ankaufsmitteln für Objekte der zeitgenössischen Glaskunst.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Die gemäß § 6 Abs. 5 in Verbindung mit § 3 StiftGBbg zuständige Verwaltungsbehörde für die Anerkennung einer Stiftung mit Sitz im Land Brandenburg, das Ministerium des Innern, hat die Anerkennungsurkunde am 20. Oktober 2006 erteilt.

Öffentliches Auslegungsverfahren zum geplanten Naturschutzgebiet „Kremmener Luch“

Bekanntmachung des Ministeriums für
Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz
Vom 24. Oktober 2006

Der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg beabsichtigt, das Gebiet „Kremmener Luch“ in einem förmlichen Verfahren gemäß § 28 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2004 (GVBl. I S. 350) in Verbindung mit den §§ 19 und 21 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes durch den Erlass einer Rechtsverordnung als Naturschutzgebiet festzusetzen.

Das geplante Naturschutzgebiet liegt im Landkreis Oberhavel. Von der geplanten Unterschutzstellung werden die folgenden Flächen ganz oder teilweise betroffen:

Stadt:	Gemarkung:	Flur:
Kremmen	Beetz	1, 5;
Kremmen	Kremmen	1, 2, 4, 6, 7, 21, 22, 24;
Kremmen	Sommerfeld	1;
Kremmen	Staffelde	18, 19.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Polizeiverordnung für das Naturschutzgebiet „Kremmener See“ vom 19. Juni 1925;
2. Beschluss-Nr. 0054 vom 26. Juni 1978 zur Unterschutzstellung von Landschaftsteilen zu Naturschutzgebieten sowie Erweiterung bereits bestehender, hier: Naturschutzgebiet „Kremmener Luch“.

Der Entwurf der Verordnung und die dazu gehörenden Karten werden

im Zeitraum vom **24. November 2006**
bis einschließlich **5. Januar 2007**

wie folgt während der üblichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt:

Landkreis Oberhavel
untere Naturschutzbehörde
Poststr. 1
16515 Oranienburg

Stadt Kremmen
Bauamt
Am Markt 1
16766 Kremmen

Während der Auslegungsfrist können nach § 28 Abs. 2 Satz 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes von jedem Betroffenen Bedenken und Anregungen zum Entwurf der Verordnung schriftlich oder zur Niederschrift bei den obigen Auslegungsstellen oder dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Raum 162, Albert-Einstein-Str. 42 - 46, 14473 Potsdam, vorgebracht werden. Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen müssen den Namen, den Vornamen und die genaue Anschrift der Person enthalten. Bedenken und Anregungen, die sich auf Grundstücke beziehen, sollen Gemarkung, Flur und Flurstück der betroffenen Fläche enthalten.

Vom Zeitpunkt dieser Bekanntmachung an sind nach § 28 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 27 Abs. 3 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes bis zum Inkrafttreten der Änderungsverordnung, jedoch längstens drei Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein weiteres Jahr, alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Schutzgegenstand nachteilig zu verändern (Veränderungssperre). Die zum Zeitpunkt dieser Bekanntmachung ausgeübte rechtmäßige Bodennutzung und rechtmäßige Ausübung der Jagd bleibt gemäß § 28 Abs. 2 Satz 4 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes von der Veränderungssperre unberührt.

Diese Bekanntmachung und im Auslegungszeitraum der Entwurf der Verordnung zum Naturschutzgebiet „Kremmener Luch“ können auch wie folgt im Internet eingesehen werden:

http://www.mluv.brandenburg.de/media.php/2318/nsg_kremm.pdf

**Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Abwehr von Gefahren für die im Vermögen
der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten Berlin-Brandenburg befindlichen
baulichen und gärtnerischen Anlagen
(Stiftungsanlagenverordnung - StiftAnIVO)**

Vom 21. September 2006

Auf Grund des § 27 Abs. 1 des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 215) verordnet der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg:

§ 1
Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für die baulichen und gärtnerischen Anlagen der folgenden im Vermögen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (im Weiteren: Stiftung) befindlichen Liegenschaften in der Landeshauptstadt Potsdam sowie in den Städten Königs Wusterhausen und Rheinsberg:

Landeshauptstadt Potsdam:

- a) Schlösser- und Parkanlagen Sanssouci, Neuer Garten, Pfingstberg, Babelsberg, Lindstedt und Sacrow;
- b) Jagdschloss Stern mit zugehöriger Gartenanlage (Jagdhausstraße 32), ehemaliger Pferdestall mit zugehöriger Nutzfläche (Jagdhausstraße 33), Kastellanshaus mit Wirtschaftsgebäude und zugehöriger Gartenanlage (Jagdhausstraße 32 b); Gartenland westlich des Kastellanshauses;
- c) Hofmarschallhaus mit zugehöriger Gartenanlage (Allee nach Sanssouci 5);
- d) Marstall (Breite Straße 1 a);
- e) Dampfmaschinenhaus „Moschee“ (Breite Straße 28);
- f) Villa des Gärtners J. L. Heydert (Hofgärtnerhaus „Thiemannhaus“) mit Wirtschaftsgebäude (Gartenhaus), Pavillon und Gartenanlage (Friedrich-Ebert-Straße 83);
- g) Kopfbau Langer Stall (Werner-Seelenbinder-Straße 7).

Stadt Königs Wusterhausen:

Schloss Königs Wusterhausen

Stadt Rheinsberg:

Schloss und Schlosspark Rheinsberg

(2) Zu den Bestandteilen der gärtnerischen Anlagen gehören auch die Einfriedungen, Werke der bildenden Kunst, die Bepflanzung der Grundstücke, Straßen und Wege, die historische Straßenpflasterung und -möblierung sowie die Wegeführung der befestigten und unbefestigten Wege, die Seen und Wasserläufe mit ihren historischen Uferlinien und den dazugehörigen Brücken und Übergängen sowie den landschaftlich gestalteten Uferzonen.

(3) Die Flurstücke, die ganz oder teilweise innerhalb des Geltungsbereichs der Verordnung liegen, sind in der als Anlage 1 dieser Verordnung beigefügten Flurstücksliste aufgeführt. Ferner ist der Geltungsbereich dieser Verordnung in den als An-

lage 2 beigefügten Plänen mit ununterbrochener roter Linie gekennzeichnet.

§ 2
Gegenstand und Zweck

Die in § 1 genannten baulichen und gärtnerischen Anlagen der Stiftung sind Denkmale im Sinne des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. Die in § 1 Abs. 1 Buchstabe a bezeichneten Liegenschaften unterliegen darüber hinaus dem Schutz der Denkmalsbereichssatzung Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft. Mit den nachfolgenden Regelungen soll sichergestellt werden, dass die baulichen und gärtnerischen Anlagen nach denkmalpflegerischen Grundsätzen erhalten, geschützt, gepflegt und so genutzt werden, dass ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet ist und Beeinträchtigungen ihres Erscheinungsbildes vermieden werden.

§ 3
Benutzung der Anlagen

(1) Die Stiftung macht die in § 1 genannten baulichen und gärtnerischen Anlagen für Besucher zum Zweck der Erholung, der bürgerschaftlichen Begegnung und der kulturellen Bildung zugänglich. Bei der Nutzung ist jedes Verhalten untersagt, das geeignet ist, die baulichen und gärtnerischen Anlagen zu beschädigen, zu verschmutzen oder anderweitig zu beeinträchtigen. Insbesondere ist es untersagt:

- a) mit Kraftfahrzeugen, außer mit Krankenfahrstühlen, oder Fahrrädern zu fahren oder diese mitzuführen oder abzustellen,
- b) Inlineskates oder Skateboard zu fahren,
- c) Hunde, mit Ausnahme von Blindenführ- und Behindertenbegleithunden, oder andere Haustiere frei laufen zu lassen oder auf die gekennzeichneten Liegewiesen mitzunehmen oder in Gewässern baden zu lassen,
- d) auf bauliche oder Bestandteile gärtnerischer Anlagen, wie Bäume oder Objekte bildender Kunst, zu klettern,
- e) zu reiten,
- f) Ball- oder andere Sportspiele zu betreiben,
- g) zu angeln, zu baden, Boot zu fahren oder Modellboote fahren zu lassen,
- h) Feuer zu entzünden oder zu unterhalten,
- i) zu lagern, zu zelten oder anderweitig im Park zu übernachten,
- j) Schlitten oder Ski zu fahren und die Wasserflächen bei Eis zu betreten,
- k) Pflanzen oder Teile davon zu entfernen, mitzunehmen oder sonst zu beschädigen,
- l) Unrat jeglicher Art, insbesondere Lebensmittelreste, Zigarettenkippen, Papier, Glas, Konserven oder sonstige Verpackungsmaterialien oder andere Abfälle wegzuwerfen oder zurückzulassen,
- m) Handzettel, Flugblätter, Werbeprospekte oder andere Druckerzeugnisse abzulegen oder zu verteilen oder andere Werbeaktionen durchzuführen,
- n) Werbetafeln aufzustellen, Plakate oder Schilder anzubringen,
- o) Handel oder Gewerbe zu treiben,
- p) Demonstrationen durchzuführen.

(2) Hundehalter und -führer haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Hunde die Gebäude und Gartenanlagen nicht verunreinigen.

gen. Sie haben den Kot ihrer Hunde unverzüglich zu beseitigen. Dies gilt nicht für blinde Hundeführer.

(3) Anderweitige Beeinträchtigungen liegen vor, wenn nicht nur kurzfristig das Erscheinungsbild der baulichen und gärtnerischen Anlagen gestört oder verändert wird oder eine vorübergehende Störung oder Veränderung des Erscheinungsbildes zu einer Häufung entsprechender Handlungen führen kann (Wiederholungsgefahr).

§ 4

Ausnahmen

Der Generaldirektor kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen. Die Ausnahmen können unter Bedingungen und Befristungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Anträge auf Zulassung von Ausnahmen sind schriftlich zu stellen.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Abs. 1 eine untersagte Handlung vornimmt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Abs. 2 den Hundekot nicht unverzüglich beseitigt.

(3) Ordnungswidrig handelt außerdem, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die nach § 4 erteilte Ausnahmezulassung oder gegen die darin enthaltenen Bedingungen verstößt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht als Straftat oder Ordnungswidrigkeit geahndet wird.

(5) Zuwiderhandlungen gegen § 3 Abs. 1 Buchstabe p sind nach § 26 Nr. 2 Versammlungsgesetz mit Strafe bedroht.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Amtsblatt für Brandenburg in Kraft.

Potsdam, den 21. September 2006

Der Generaldirektor

Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh

Anlage 1 zur ordnungsbehördlichen Verordnung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Liste der Flurstücke, die ganz oder teilweise innerhalb des Geltungsbereichs der Verordnung liegen

Bezeichnung/Lage	Gemarkung	Flur	Flurstück
Park Sanssouci			
Park Sanssouci	Potsdam	22	1
Park Sanssouci	Potsdam	22	2
Park Sanssouci	Potsdam	22	3/8
Park Sanssouci	Potsdam	22	4
Park Sanssouci	Potsdam	22	5
Park Sanssouci	Potsdam	22	6/2
Park Sanssouci	Potsdam	22	8
Park Sanssouci	Potsdam	22	9
Park Sanssouci	Potsdam	22	10
Park Sanssouci	Potsdam	22	142/1
Park Sanssouci	Potsdam	22	142/2
Park Sanssouci	Potsdam	23	216/1
Park Sanssouci	Potsdam	23	216/2
Park Sanssouci	Potsdam	23	230
Park Sanssouci	Potsdam	23	243
Park Sanssouci	Potsdam	23	244
Park Sanssouci	Potsdam	23	253
Park Sanssouci	Potsdam	23	254
Park Sanssouci	Potsdam	23	255

Antrag von Tamás Blénessy, Matthias Wernicke und Heide Günther zur Einberufung einer Sondersitzung der BrandStuVe

Angesichts der Aussprache über die Vorkommnisse im arbeitsrechtlichen Dienstverhältnis zwischen dem Vorstand der BrandStuVe und dem Geschäftsführer der BrandStuVe beantragt das StuPa der Universität Potsdam eine außerordentliche Mitgliederversammlung der BrandStuVe mit den Tagesordnungspunkten:

- a) Aussprache zum Konflikt Malte vs. Vorstand
- b) ggf. Abwahl des Vorstandes und Neuwahlen.

Potsdam, 17.01.2007

Antrag der Fraktionen GAL, Jusos, RCDS und LUST zur Stärkung der Wahlbeteiligung bei den nächsten Hochschulwahlen

Zur Stärkung der studentischen Selbstverwaltung und angesichts einer Wahlbeteiligung von ca. 7% ist es nötig, Versuche zu unternehmen die aktive und passive Wahlbeteiligung bei der nächsten StuPa- und Senatswahl im Sommer diesen Jahres zu erhöhen. Zu diesem Zweck möge das StuPa beschließen:

„1500€ werden aus dem Fonds Veröffentlichungen 53101 für eine Kampagne zur Erhöhung des Wahlbeteiligung bereitgestellt werden. Die Kampagne beinhaltet:

- Erstellung von Info-Flyern über die Struktur der studentischen Selbstverwaltung
- Plakate zum Aufruf zur Aufstellung von Listen und KandidatInnen mit Hinweis auf die entsprechenden Fristen
- Plakate mit zum Aufruf zur Beteiligung an den Wahlen zu StuPa und Senat, insbesondere sollen ErstwählerInnen angesprochen werden

Das Geld wird wie folgt verwendet:

- 300€ Werkvertrag für die Erstellung von 4-6 Motiven, welche die allgemeine Wahlbeteiligung betreffen, direkt die Erstwähler ansprechen und zur Forcierung der aktiven (betreffend der Anmeldetermine zur Wahl) Wahlbeteiligung beitragen sollen.
- 800€ für die Produktion von Plakaten und Flyern
- 200€ für die Erstellung von Info-Faltblättern über die Selbstverwaltung der Studierendenschaft
- die restlichen 200€ stehen für vier eventuelle Werkverträge zur Verfügung, die das Plakatieren sichern

Die Umsetzung, einschließlich der Ausschreibung der Werkverträge und der Entscheidung über die Motive wird dem Präsidium des Studierendenparlamentes übertragen.“